

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Veranstaltung: Sächs. Staatsdruckerei, Dresden,
Bauhof der Arbeiter-Kassenschriften
und Beamten, K.-G., Dresden,
Gebrüder Kumbold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Sitzungen ständiger Art, ist es auch über diese Inhalt haben Personen bei der Redaktion der Dresdener Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückmeldung des Besorgers oder auf Rückmeldung der Zeitung.

Preis: 10 Pfennig
Abonnement: 1,00 M.
Verkaufsstellen: Dresden, Hauptbahnhof, 10 Pfennig
Verkaufsstellen: Dresden, Hauptbahnhof, 10 Pfennig

Schriftleitung: Dresdener Volkszeitung, Dresden
Verkaufsstellen: Dresden, Hauptbahnhof, 10 Pfennig
Verkaufsstellen: Dresden, Hauptbahnhof, 10 Pfennig

Abonnement: 1,00 M.
Verkaufsstellen: Dresden, Hauptbahnhof, 10 Pfennig
Verkaufsstellen: Dresden, Hauptbahnhof, 10 Pfennig

65 Dresden, Mittwoch, den 18. März 1931 42. Jahrgang

Was geschieht?

Wird der Nordhege endlich ein Ende gemacht?

Der Sozialdemokrat schreibt:
Die nationalsozialistische Verbrechen in Hamburg
genau die gleiche Verbrechen gegen das Treiben der
Parteien hervorgerufen, die endlich zu scharfen Maß-
nahmen führen scheint.
Die nationalsozialistische Regierung hat bisher getan, was sie
in den Bürgerkrieg zwischen den Nationalsozialisten und
dem Parlamentarismus und der schamlosen Nordhege und
dem Bürgerkrieg entgegenzutreten. Sie hat allerdings
nichts zu überwinden gehabt, die daraus entstanden sind,
die nationalsozialistische Regierung nicht mit der gleichen
Erfahrung durchgegangen ist, weil sie innerlich
nicht und weil namentlich die Deutsche Volkspartei immer
sehr starkem Zug zu den Nationalsozialisten hin zu er-
geben hat. Andere Bemerkungen kamen bisher von der
Rechtsregierung. Die Nationalsozialisten haben die Hoffnung
gehabt, sie im Kampf gegen die Befreiungsbestrebungen der poli-
tischen Parteien zu überwinden. Nur so ist es erklärlich, daß die offene und
keine Nordhege in der letzten Zeit so ausgedehnte Formen
annahm; nur so ist es erklärlich, daß selbst vor dem
Reichsgericht diese Verbrechen von Hitler betrieben werden
soll, daß jeder untreue Vorkämpfer, der in der Nationalsozialisten-
bewegung sein Unwesen treibt, in völliger Öffentlichkeit die
Republik beschimpfen und mit dem Tode bedrohen
darf, daß irgendwelche Ermittelungen daraus resultieren
soll, daß Hoffnungen vorhanden, daß wenigstens
in dieser Hinsicht überwinden werden wird. Heute
tritt eine Konferenz der Innenminister der größten
dem Reichsinnenminister zusammen, die sich mit der
der extremen Parteien befassen wird. Diese Konferenz,
die Innenminister aller Länder mit mehr als 2 Millionen
er eingeladen sind, soll sich mit der Frage der
der Kapitulation der „Gottlosen“ des neuen bürgerlichen
Rechtsregimes befassen. Der Nord von Hamburg
den Krieg gegeben, diese Befreiung weiter auszu-
de Hamburg zu den Verhandlungen hinzuzusetzen.
Die Maßnahmen werden sowohl gegen die
Nationalsozialisten wie gegen die Kommuni-
stische werden. Beide bemühen sich gleichmäßig, den Parteien
weiter zu treiben, bis eine große Erschöpfung erfolgt.
Es war entschieden ein Fehler, daß die blutige Hege in
und so lange ihr Unwesen treiben durfte, ohne daß energisch
eingeschränkt worden wäre. Doch es kommt gekommen
ist nicht zuletzt die Schuld jener bürgerlichen
die in Hitler und seinen Verbänden einen willkommenen
Feind gegen die sozialistische Arbeiterbewegung sahen
für deshalb begünstigt haben.

Fragen an die Behörden

Schuldige und Mitschuldige

Das Echo von Hamburg - Dürfen Nazi- blätter ungestraft zum Mord aufreizen?

Die nationalsozialistischen Schüsse von Hamburg haben
den Deutschen wieder einmal gezeigt, an welchem
Grund Deutschland steht. Demensprechend war das Echo der
Presse. Alle Blätter, die noch Wert darauf legen, nicht der
Sympathien mit Nordhege verdächtigt zu werden, haben
sich entschieden gegen die Attentäter und ihre
Hörergestellten hintermänner gewendet. Halb-
völlige Blätter wie der Dresdener Anzeiger dürfen sich in
diesem Falle sogar ein Beispiel nehmen an Organen wie der
Süddeutschen Zeitung, die die vorgetragenen schon
zu den jüngsten nationalsozialistischen Mordtaten schrieb:

am 16. Januar 1931, hielt Goebbels im Berliner Arbeiter-
vereinshaus eine Rede zu Ehren des Fremdenführers
Tabel leistete er sich folgende Wendungen:

Vielen geht der Umstellungsprozess zu langsam. Sie
möchten ein Husarenstück von uns. Wir werden uns
aber nicht zu Unüberleglichkeiten hinreißen lassen. Die Spannung
und Empörung in unseren Reihen ist bis zur Siedehitze
gestiegen. Die Zeit ist vorbei, wo man in Deutschland ungestraft
über uns lügen konnte. Heute fühlen sich davon Millionen
Menschen betroffen.

Vielleicht befindet sich darunter einmal einer, der seine
persönliche Ehre identifiziert mit der Ehre der
Partei und sie in der Welt, wie es ihm keine Ehre ge-
büht, „wieberherstellt“. Ich fordere nicht dazu
auf, aber was der einzelne tut, können wir
nicht kontrollieren.

„Es genügt nicht, diejenigen, die an Schuldigen wurden,
abzuführen. Disziplin zeigt sich nicht nur in der Sanktion
einer Gemeinschaft; nach dem Unglück. Solche Schuld zu ver-
büßen, scheint heute für die Unterorgane der Nationalsozialistischen
Partei eine dringendere Aufgabe als die Verteilung von
Sanktionen über nationale Bestimmung.“

Aber solche Kritik kommt etwas spät. Die hakenkreuz-
lerische Nordhege kommt nicht von heute und gestern,
sondern hat sich durch ein Jahrzehnt hindurch entwickelt
können, ohne daß ihr die ach so christliche, kapitalistische
Presse entsprechend entgegengetreten wäre. Welches der
deutschnationalen und völkerverhetzlichen Blätter hat sich denn
mit den fortgesetzten blutigen Nebenakten der Nazi-
führer auseinandergesetzt? Welches kapitalistische Organ hat
Hitlers Wort: „Köpfe müssen in den Sand rollen“ — mit
dem Nachdruck zurückgewiesen, der christlich-tugend Blättern
zukäme? Von der sozialdemokratischen Presse abgesehen, hat
sich außer einigen demokratischen und Zentrumsblättern in
solchen Fällen nichts gerührt. Vor nicht allzu langer Zeit,

Der Vorwärts protestierte schon am nächsten Tage gegen
diese verächtliche Nordhege, aber der kapitalistische Blätterchor
nimmt solche verbrecherischen Redereien der nationalsozialistischen
Führerschaft als etwas Selbstverständliches hin. Nicht
nur die Nazi-Führer und nicht nur ihre kapitalistischen
Geldgeber sind schuldig, sondern mit ihnen die anderen
intellektuellen Urheber, mit ihnen jener Teil der bürger-
lichen Presse, der durch beschönigende Berichterstattung
von den Hintergründen und Hintermännern ablenkt, anstatt
die Hauptverantwortung gebührend in den Vordergrund zu rücken.
Schuldig sind mit ihnen die Justiz und die Polizei-
behörden, die den nationalsozialistischen Uebeltätern nicht die
Scharfe des Gesetzes spüren lassen, jene Scharfe, von der die
Kommunisten erheblich mehr zu erzählen wissen. Wir wissen,
daß es noch Richter in Deutschland gibt, und daß solche Richter
gelegentlich mit nationalsozialistischen Uebeltätern nicht

Schützer der Reichen

Der Widerstand gegen die sozialdemokratischen Steuerforderungen

Die politischen Besprechungen zwischen der
Sozialdemokratie und der Reichsregierung, die in der
letzten Woche zu keinem Abschluß gebracht worden sind,
am Dienstag wieder aufgenommen worden.
aus Berlin wird uns darüber geschrieben:
In erster Linie stehen die Erhöhung der Aufsicht-
steuer und die Erhöhung des Notopfers bei der
Erweiterung der Einkommensteuer. Sie sind bereits vom
Reichstag des Reichstags beschloffen worden und stehen in
dieser Hinsicht in der ersten Linie von der Deutschen
Partei aus. Immerhin ist der Widerstand gegen die Auf-
sichtsteuer wesentlich geringer als gegen die Einkommensteuer.
In bürgerlichen Parteien findet man Anhänger der Auf-
sichtsteuer, während die Bedenken gegen das Notopfer bei
Einkommensteuer auch dort, wenn auch nicht im gleichen Maße
der Volkspartei, vorhanden sind. Die Reichsregie-
rung betont ebenfalls ihre Gegnerschaft gegen diese geplanten
Erhöhungen, doch dürfte ihr Widerstand nicht unüber-
windlich sein.
Die Meinungsverschiedenheiten bestehen aber auch noch
von der Reichsregierung gewünschte Ermäßigung
der Einkommensteuer. Das Verlangen der Sozialdemokratie geht
von allen Umständen zu vermeiden, daß durch die Hand-
habung der Einkommensteuer eine Gefährdung der Handels-
beziehungen Deutschlands zu den ausländischen Mächten und vor-
nehmlich eine Wertverminderung der Lebenshaltung eintritt. Durch
Erhöhung der jetzt geltenden Einkommen-
steuer durch andere in der gleichen Richtung laufende Maß-
nahmen, die daher eine sehr drohende Grobversteuerung
bedeuten werden. Das ist angeblich auch die Ab-
sicht der Reichsregierung. Ueber den Inhalt des Ermäßigungs-
gesuchs hat sich bisher eine Hebererklärung nicht ergeben.
Es geht von der Einkommensteuer, die in erster
Linie von der Deutschen Volkspartei verlangt wird, durch die der
Sozialdemokratie die größte Sparbarkeit verpflichtet sein
soll. Die Sozialdemokratie wünscht jedoch, daß diese Ermäßigung
eine Sparbarkeit hat lediglich auf die nicht gefällig ge-
wünschten Ausgaben erkräftet, und daß die gefällig ge-
wünschten Ausgaben, also die Zulage des Reichs zur
Einkommensteuer, die Leistungen an die Kriegsbetroffenen und

Hinterbliebenen, an die Kleinrentner, sowie die Reisenerlöse
und die produktive Erwerbslosenfürsorge ausdrücklich von der künf-
tigen Sparaktion ausgeschlossen werden.
Wenigstensverschiedenheiten bestehen ferner über die Frage,
ob der Reichstag entsprechend dem Wunsch der Reichsregierung
sich bis Oktober oder November vertagen soll. Gegen diese
Vertagung auf ein halbes Jahr spricht die Tatsache, daß das zu
einer Verschiebung gesetzgeberischer Aufgaben führen würde, falls
nicht die Regierung in der Zwischenzeit ohne das Parlament die
dringendsten Aufgaben erledigt. Da auch in anderen Parteien
die Bedenken gegen eine so langfristige Vertagung des Reichs-
tags geteilt werden, so dürfte man sich wohl darauf verständigen,
wie auch in früheren Zeiten dem Reichspräsidenten das Reichs-
tag die Ermächtigung zu geben, den Reichstag, wenn ein
Wohlbefinden dazu vorliegt und eine Mehrheit es wünscht, aus-
zusammensubstituieren.
Bei der Vertagung des Reichstags kam der sozialdemo-
kratische Antrag auf Einstellung von drei Millionen Mark für
Kindererziehung, die aus der erhöhten Aufsichtsteuer-
steuer gebildet werden sollen, zur Entscheidung. Für den Antrag,
dessen Erledigung die Deutsche Volkspartei vergeblich zu ver-
hindern suchte, stimmten die Sozialdemokraten und Kommunisten
auch die Christlich-Sozialen. Die Kommunisten hatten den
Antrag gestellt, sechs Millionen Mark zu bewilligen, und im Falle
der Ablehnung dieser Summe eine Million Mark vorgeschlagen.
Als ihnen der sozialdemokratische Antrag bekannt wurde, erhöhten
sie die Summe in ihrem Eventualantrag auf fünf Millionen Mark.
Deutscher als in diesem Falle können die Kommunisten
wirklich nicht zeigen, daß es ihnen nicht auf die Sache,
sondern immer nur auf die agitatorische Wir-
kung ankommt.

für eine einzige Sitzung einen Betrag bekommen, von dem
ein Arbeitsloser das ganze Jahr hindurch leben muß. Dieser
Widerstand gegen die Einkommensteuer ist geradezu eine Ver-
höhnung der Not.

Aber auch die von der Sozialdemokratie verlangte Er-
höhung des Zuschlags zur Einkommensteuer ist unter den heu-
tigen Umständen gerechtfertigt. Wenn jemand über 20.000
Mark Einkommen bezieht, so geht es ihm, wenn er auch heute
schon einige tausend Mark Steuern bezahlen muß, doch immer
noch so gut, daß er ein weiteres Opfer bringen kann. Die
Durchführung des sozialdemokratischen Antrages würde zur
Folge haben, daß jemand mit einem Einkommen von 20.000
Mark etwa 1.500 bis 2.000 M. mehr Steuern zahlen müßte als
bisher. Selbst wenn er auch bisher schon ein Drittel seines
Einkommens an Steuern hat aufbringen müssen, so ist das
sicher keine unerträgliche Summe.

Die Regierung fränkt sich angeblich gegen die Steuer-
erhöhung, weil dadurch der Rückfluß des deutschen Kapitals
aus dem Ausland abnimmt. Das ist eine taule
Ausrede. Die Patrioten, die ihr Kapital ins Ausland in
Sicherheit brachten, haben heute sehr erhebliche Einbußen,
weil sie draußen ihr Geld bei viel geringer Verzinsung
bekommen als in Deutschland. Sie machen ein gutes Ge-
schäft dabei, wenn sie ihr Geld nach Deutschland zurück-
kommen lassen.

Das Kapital ist aus Deutschland geflohen, weil der Aus-
fall der Reichstagswahlen vom 11. September, das tolle
Treiben der hakenkreuzler und die täglichen Verleumdungen
und politischen Morde die Kapitalisten glauben ließen, daß
der Bürgerkrieg vor der Tür liege. Leben die Sozial-
isten, daß den Nazibanden energisch genug entgegen-
zutreten wird und daß in Deutschland keine Gefahr für ihren
Wamman besteht, so wird das Kapital aus dem Ausland
wieder nach Deutschland zurückfließen, und wenn große Ein-
kommen noch mit einer verhältnismäßig geringen Steuer-
erhöhung bedacht werden.

Von sehr unsozialer Gesinnung zeugt auch der Wider-
stand der Regierung und der bürgerlichen Parteien gegen die
von der Sozialdemokratie geforderten 3 Millionen Mark für
die Kindererziehung. Es handelt sich hier um einen Betrag,
der im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Reiches kaum
eine Rolle spielt. Gerade jetzt aber sind Kindererziehungen
doppelt notwendig. Viele Kinder können zu Hause keine an-
reichende Nahrung bekommen und man kann heute durch
Zweiflungen in der Schule so manches Kind vor lebenslang-
lichem Siedtum schützen.